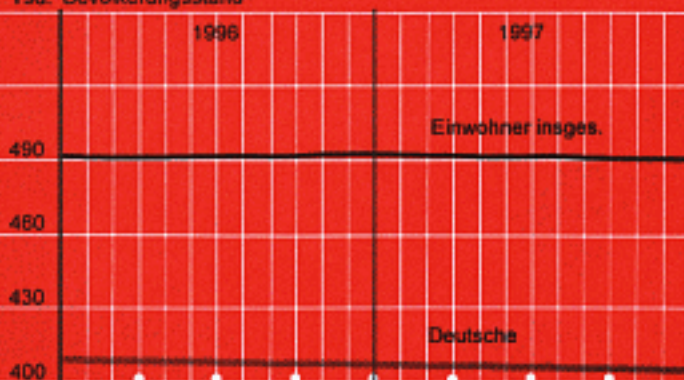
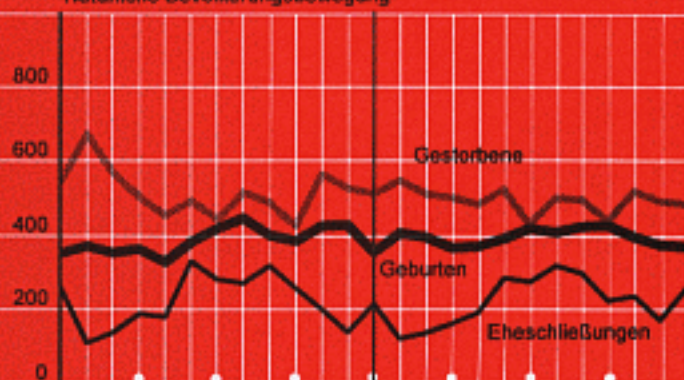


Statistische Nachrichten der Stadt Nürnberg

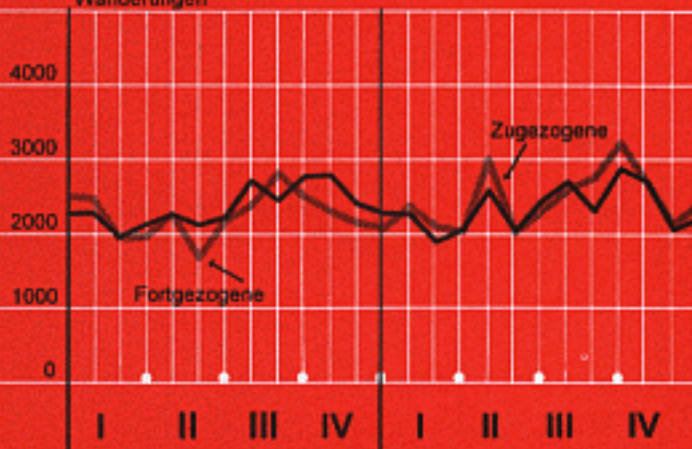
Tsd. Bevölkerungsstand



Natürliche Bevölkerungsbewegung

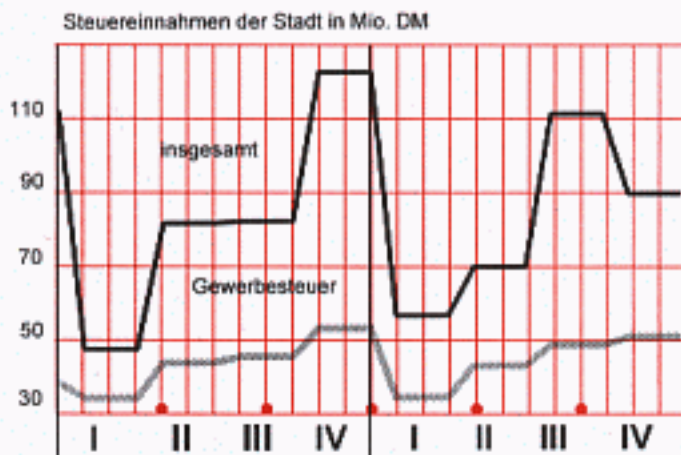
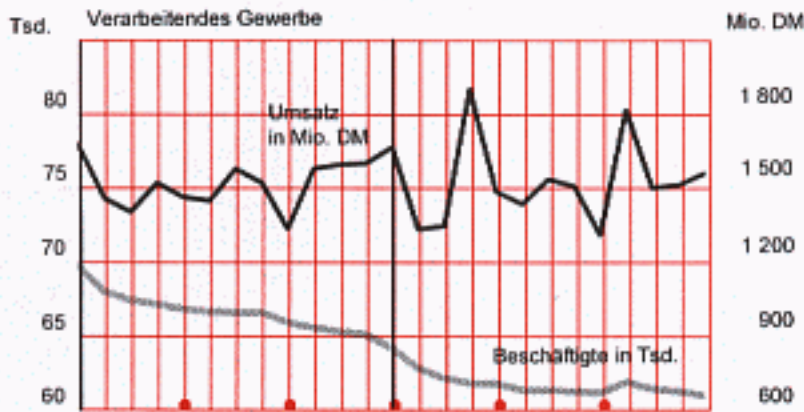
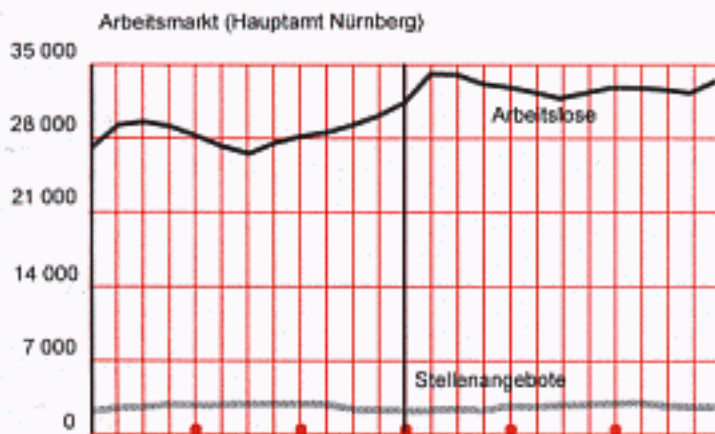
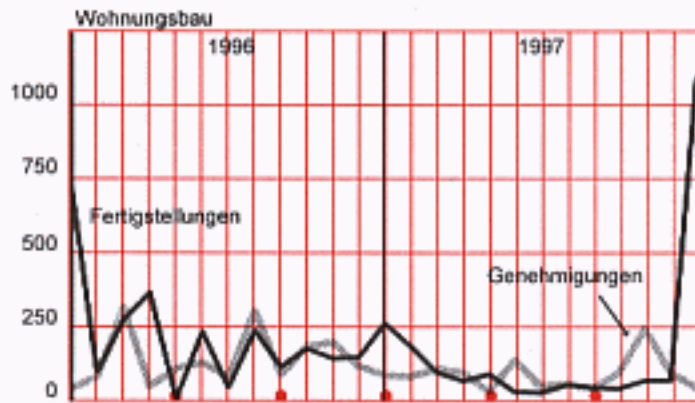


Wanderungen



Beiträge:

- ◆ Rede von Prof. Dr. Kurt Biedenkopf vom 14. Mai 1997
- ◆ Nebenwohnsitzer in Nürnberg
- ◆ Informationssystem für die Steuerung - Das Beispiel Nürnberg



Inhalt	Seite	3	♦ Rede von Prof. Dr. Kurt Biedenkopf vom 14. Mai 1997
		10	♦ Nebenwohnsitzer in Nürnberg
		15	♦ Informationssystem für die Steuerung - Das Beispiel Nürnberg
		2*	Natürliche Verhältnisse
		2*	Gebiets- und Bevölkerungsstand
		3*	Bevölkerungsbewegung
		6*	Wirtschaft
		9*	Bautätigkeit und Wohnungswesen
		11*	Gesundheitswesen
		11*	Bildung, Kultur und Sport
		13*	Sozialwesen
		14*	Öffentliche Sicherheit
		15*	Versorgung und Entsorgung
		16*	Verkehr
		18*	Preise und Preisindices
		19*	Kommunalfinanzen
		20*	Städtevergleich

Erläuterungen Alle Angaben beziehen sich auf das Gebiet der Stadt Nürnberg nach dem neuesten Stand, soweit nichts anderes vermerkt ist. Bestandszahlen gelten für das Ende der jeweiligen Berichtszeit. Soweit vorliegend, werden die Daten des Statistischen Landesamts, im übrigen eigene Daten und Meldungen städtischer und außerstädtischer Stellen veröffentlicht.

Zeichenerklärung:

- 123 *(Kursivschrift)* vorläufige Angabe
- Zahlenwert genau Null
- . Zahlenwert unbekannt oder Veröffentlichung nicht möglich
- 0 Zahlenwert weniger als die Hälfte der verwendeten Einheit
- r berichtigte Angaben
- s Schätzwert

Herausgeber Stadt Nürnberg
 Amt für Stadtforschung und Statistik
 90317 Nürnberg
 ISSN 0944-1492
 Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

Auskünfte Amt für Stadtforschung und Statistik
 Nürnberg, Unschlittplatz 7a, Zimmer 17
 ☎ (0911) 231 28 43
 Telefax (0911) 231 28 44
 e-Mail sta@stadt.nuernberg.de

Rede von Ministerpräsident Prof. Dr. Kurt Biedenkopf auf der 76. Tagung der Leiter der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder am 14. Mai 1997 in Dresden

Amtliche Statistik als das „Wissen vom Staat“ wird heute allgemein als so selbstverständlich unterstellt wie der Strom aus der Steckdose. Dieser fließt aber auch nicht unabhängig von dem, was man in seine Erzeugung und den Unterhalt der entsprechenden Infrastruktur investiert, mit gleicher Zuverlässigkeit und Stärke.

Die Rede des Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen vor den Leitern der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder zeigt diese Zusammenhänge und die gewachsene Bedeutung eines fundierten statistischen Gerüsts für eine verantwortungsvolle staatliche Politik auf. Die Aussagen gelten in gleicher Weise für die kommunale Politik im Sinne der Ausgestaltung kommunaler Selbstverwaltung. Die Rede von Herrn Professor Dr. Kurt Biedenkopf wird deshalb auch in den Statistischen Nachrichten der Stadt Nürnberg den an der Politik und Steuerung des Nürnberger Gemeinwesens interessierten Leserinnen und Lesern ungekürzt zur Kenntnis gebracht.

Meine Herren Präsidenten, Vizepräsidenten, Präsident des Statistischen Bundesamtes, Herr Hahlen, herzlichen Dank, daß Sie mich in Ihren Kreis eingeladen haben. Ich hätte Sie gern schon gestern morgen begrüßt, aber wir haben dienstags Kabinettsitzung. So habe ich auf Ihr Verständnis gerechnet, daß die Begrüßung mitten in Ihre Tagung fällt.

Ich habe mit großem Interesse gesehen, welche Gegenstände Sie in dieser Tagung behandeln. Präsident Fischer hat mich gebeten, Ihnen etwas außerhalb dieser technischen und administrativen, fachlichen Dinge über die Entwicklung zu berichten, so wie wir sie sowohl in den ostdeutschen Ländern wie in der Bundesrepublik sehen. Dabei will ich insbesondere auch auf die Arbeit der Zukunftskommission eingehen, die der Freistaat Bayern und der Freistaat Sachsen mit einem limitierten Auftrag, der am Ende diesen Jahres erledigt ist, gemeinsam ins Leben gerufen haben. Aufgabe der Zukunftskommission ist es, die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, die Ursachen für diese Entwicklung sowie die voraussichtlichen Konsequenzen für die Arbeits- und Sozialpolitik zu untersuchen. Bei dieser Arbeit, die vom Kommissionsvorsitzenden, Prof. Miegel, geleitet und von Mitarbeitern aus den beiden Staatsregierungen unterstützt wird, ist die Statistik ein unverzichtbares Instrument. Wir könnten ohne die sehr weit und gut ausgebaute Statistik eine solche Aufgabe überhaupt nicht erfüllen, und zwar sowohl hinsichtlich der Bundes- als auch der Landesstatistiken. Vielleicht darf ich dazu einige allgemeine Vorbemerkungen machen, ehe ich dann, von den Berichten und den bisherigen Erkenntnissen der Kommission ausgehend, auch einige darüber hinausreichende Anmerkungen vortrage.

Meine Erfahrung der letzten 30 Jahre, in denen ich mich mit Fragen nicht nur der Wissenschaft, sondern auch mit gesellschafts- und arbeitsmarktpolitischen Fragen befasste, beginnt mit meiner Tätigkeit in der Mitbestimmungskommission Ende der 60er Jahre. Ein

Hauptproblem, das wir in Deutschland politisch bewältigen müssen, besteht darin, die politisch Verantwortlichen dazu zu veranlassen, die Wirklichkeit zur Kenntnis zu nehmen. Immer stärker verdichtet sich bei mir der Eindruck, daß eines der Hauptprobleme, mit dem wir uns herumschlagen, die unzureichende Kenntnisnahme der Wirklichkeit, insbesondere der neuen Wirklichkeit ist.

Ich habe deshalb schon oft – auch in Pressekonferenzen – eine Szene aus Bertolt Brechts Galileo Galilei beschrieben. Dieses wirklich wunderschöne Stück, ich bin ein großer Verehrer von Bertolt Brecht, beschreibt unsere Wirklichkeit in geradezu trefflicher Weise mit folgender Episode: Galilei kommt in das Reich der Medici, möchte sich dort erkenntlich zeigen und schenkt den Medicis die Jupitermonde. Er teilt dem Hof mit, er wolle die von ihm entdeckten Jupitermonde dem Herrscherhaus widmen. Daraufhin schickt das Herrscherhaus einen Mathematiker und einen Philosophen zu Galilei, um das Geschenk in Augenschein zu nehmen. Galilei baut ein Fernrohr auf, es ist alles bereit, um die Jupitermonde zu sehen. Die beiden Abgesandten lehnen es aber ab, durch das Fernrohr zu blicken, sondern sagen, sie erwarteten einen philosophischen Diskurs mit dem verehrten Herrn Galilei über die Fragen a) ob es solche Sterne geben kann und b) wenn ja, wem sie nützen. Während des ganzen Disputes weigern sie sich, durchs Fernrohr zu gucken. Gegen Ende, als Galilei darauf besteht, sie möchten doch in Augenschein nehmen, was Wirklichkeit ist, sagt der Mathematiker zu dem Philosophen, es könnte ja auch sein, daß das Fernrohr etwas zeigt, das nicht ist. Worauf der Linsenschleifer von Galilei, der daneben sitzt, sagt: „Meister, die meinen, wir hätten die Sterne auf die Linse gemalt“.

Warum weigert man sich, durch das Fernrohr zu sehen? Weil die Entdeckung der Jupitermonde das ptolemäische Weltsystem widerlegt und auch Kepler und Kopernikus in ihrer Behauptung bestätigt, daß die

Planeten nicht an Sphärenschalen anliegend geheftet sind, sondern frei im Raum kreisen. Damit wird gleichzeitig die bisherige Weltvorstellung, die ja die Erde im Mittelpunkt des Universums sieht, widerlegt. Für die Kirche ist das ein Riesenproblem, denn sie muß jetzt begründen, warum der Herr seinen Sohn nicht in die Mitte des Universums geschickt hat, sondern auf einen beliebigen Planeten. Damit entsteht eine Legitimationskrise, d.h. ein Begründungszwang, der damals von ungeheurer politischer Bedeutung war, weswegen man versuchte, Fakten zu leugnen. Als Politiker, der sich für die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft interessiert, werde ich fast täglich mit vergleichbaren Situationen konfrontiert.

In der Debatte, z.B. über die Alterssicherung, hat man bis vor fünf Jahren auch im Bundesarbeitsministerium die Auffassung vertreten, eine Prognose über das Jahr 2005 hinaus sei überhaupt nicht möglich. Man könne also über 2005 hinaus keine sinnvollen Auskünfte über die demographische Entwicklung geben. In bezug auf die Arbeitsmarktentwicklung gab es überhaupt keine Erkenntnisse über die veränderte Wirklichkeit. Und alle Versuche, diese Erkenntnisse durch Anregung und Anfragen zustande zu bringen, liefen ins Leere. Der Grund ist ein ähnlicher: Wenn man sich mit der neuen Wirklichkeit befaßt, muß man die bestehenden Strukturen neu legitimieren. Die bestehenden Strukturen müssen also nachweisen, daß sie unter den Bedingungen der neuen Wirklichkeit immer noch ihre Aufgabe erfüllen können. D.h., wir haben ein Legitimationsproblem. Und da in solchen Strukturen in der Regel beachtliche Machtverhältnisse vorherrschen, ist der Widerstand gegen die Kenntnisnahme, und zwar die politisch oder gesellschaftlich wirksame Kenntnisnahme der Veränderung, außerordentlich groß.

Wenn wir Sie nicht hätten, wäre das alles noch viel schlimmer. Die Unterlagen, die Ergebnisse der Erhebungen und vieles andere mehr, die Sie uns in Ihren vielfältigen Berichten, Analysen, Auskünften bereitstellen, sind ein völlig unverzichtbares Werkzeug für das Erkennen der neuen Wirklichkeit – wenn Sie mir die Metapher erlauben – das Fernrohr. Und die Voraussetzung ist deshalb, daß wir durch dieses Fernrohr blicken, damit das von Ihnen in großer Fülle zur Verfügung gestellte Material auch genutzt wird. Vor allen Dingen wegen dieser Schwierigkeiten haben sich ja der Kollege Stoiber und ich vor zweieinhalb Jahren entschlossen, eine solche Kommission ins Leben zu rufen. Wir waren der Meinung, daß das eigentlich die Aufgabe des Bundes sei, haben aber festgestellt, daß die Aufgabe nicht erfüllt wird und haben deshalb unseerseits Leute gesucht, die das können.

Wir konnten dabei auf Arbeiten des IWG in Bonn zurückgreifen, das seit vielen Jahren von Dr. Miegel geleitet wird. Ich habe dieses Institut vor 20 Jahren im Sommer 1977 aus dem gleichen Grund gegründet. In dem Gründungsstatut, mit dem ich die Unterstützung eingeworben habe, die man für eine privatwirtschaftliche Gründung dieser Art braucht, war die Aufklärung der Sachverhalte der wichtigste Gesichtspunkt, d.h., Aufklärung der Sachverhalte als Voraussetzung für die Gestaltung der Wirklichkeit. Welche enorme praktische Bedeutung das hat, unabhängig von dem, was ich Ihnen gleich über die Arbeit der Zukunftskommission vortragen möchte, ist leicht erkennbar, wenn man sich überlegt, in welchem Umfang der moderne Industrie- und Sozialstaat, so wie er sich in Deutschland in den letzten 40 Jahren entwickelt hat, die jeweilige Wirklichkeit durch Interventionen zu beeinflussen sucht. Der Umfang der Interventionen ist ja kaum noch überschaubar. Es gibt praktisch keinen wesentlichen gesellschaftlichen Zapfhahn, an dem der Staat nicht durch gestalterische, beeinflussende, korrigierende, steuernde Interventionen beteiligt ist. Seien es indirekte Interventionen durch die Schaffung von Anreizen oder Hindernissen, wie z.B. das Steuerrecht, das sich ja längst – wie wir alle wissen – weit über die eigentliche Aufgabe des Steuerrechts hinaus entwickelt hat, dem Staat Einnahmen zu verschaffen. Ein ganz wesentlicher Teil des Steuerrechts ist heute das Steuerungsrecht. Das gilt in gleicher Weise für die gesamte Wirtschaftsförderung, für die Arbeitsmarktförderung und vieles andere mehr.

Was wir heute in vielfältiger Hinsicht sehr allgemein als Fehlentwicklung beklagen, ist zu einem wesentlichen Teil darauf zurückzuführen, daß diejenigen, die steuern, von Wirklichkeiten ausgehen, die nicht mehr bestehen. Wenn ich eine vorgestellte Wirklichkeit zur Grundlage meiner Überlegungen mache, wie ich intervenieren soll, dann treffen diese Interventionen – ich brauche das kaum auszuführen – nicht die vorgestellte Wirklichkeit, sondern die Realität. Und wenn die Realität von der vorgestellten Wirklichkeit abweicht, werden die Ergebnisse der Intervention andere sein, als die, die man sich vorgestellt hat. Die Folge ist, daß auf unerwartete, weil von vorgestellten Wirklichkeiten bestimmte Reaktionen, neue Interventionen folgen. D.h. man versucht, die unerwarteten Ergebnisse durch weitere Interventionen zu korrigieren. Und aus diesem Kreislauf, aus dieser Abfolge von Interventionen und Korrekturinterventionen, entsteht ein Interventionsgestrüpp, das sich dann z.B. so darstellt, daß wir im Freistaat Sachsen 238 Förderprogramme haben. Daß wir einen riesigen Wust von interventionistischen Vorgaben von Bonn haben, auf die wir unsere eigenen noch draufsetzen, aber relativ wenig darüber wissen, in welche Sachverhalte hinein wir eigentlich intervenieren.

Mit die wichtigsten Erkenntnisse der Zukunftskommission sind die Erkenntnisse über die veränderte Struktur des Arbeitsmarktes. Von 1970 bis 1995, also der Betrachtungszeit, die die Kommission analysiert hat, hat sich der deutsche Arbeitsmarkt grundlegend verändert. 1960 waren in Deutschland etwa 95 Prozent aller Erwerbstätigen in einer Vollzeitbeschäftigung, im Bericht wird das das Normarbeitsverhältnis genannt, hatten also eine volle Arbeitswoche in einem auf Dauer angelegten Beschäftigungsverhältnis. Das war das Standardbeschäftigungsverhältnis in den 60er Jahren. In den 70er Jahren waren noch 84 Prozent aller Erwerbstätigen in einem solchen Beschäftigungsverhältnis. 1995 waren es noch zwei Drittel. Wir haben eine kontinuierliche Abnahme im deutschen Arbeitsmarkt der Vollzeitbeschäftigung erreicht. Der Rest, das übrige Drittel, ist ein fragmentarisierter Arbeitsmarkt. Der Arbeitsmarkt fragmentarisiert sich mit großer Geschwindigkeit, wenn man die kurzen Zeiträume zugrunde legt. Wir gehen inzwischen davon aus, daß im Jahre 2005 etwa noch gut die Hälfte der Arbeitsverhältnisse in Deutschland aus Vollzeitbeschäftigungen bestehen. Die andere knappe Hälfte werden keine Vollzeit- sondern Teilzeittätigkeit, geringfügige Beschäftigungen, befristete Arbeitsverhältnisse, sogenannte Scheinselbständigkeiten, Kurzarbeit, Zeitarbeit und vieles andere sein. Wir haben mit anderen Worten im Arbeitsmarkt – betrachtet man den kurzen Zeitraum – fast revolutionäre Veränderungen der Struktur.

Bis zur Vorlage des Berichts der Zukunftskommission war diese Entwicklung weder vom Bundesarbeitsministerium noch der Bundesanstalt für Arbeit, noch vom Deutschen Gewerkschaftsbund, noch von den Arbeitgeberverbänden untersucht worden. D.h., alle Beteiligten sind im Grunde von einer Fortdauer des klassischen Arbeitsmarktes ausgegangen. Erst seit einem Dreivierteljahr wird von unseren Sozialpolitikern die Veränderung des Arbeitsmarktes neben der demographischen Veränderung als eine wesentliche Veränderung auch im Blick auf die Gestaltung des Rentensystems erkannt. Noch vor anderthalb Jahren wurde keine Beziehung zwischen der Zukunft des Alterssicherungssystems der gesetzlichen Alterssicherung und der Entwicklung des Arbeitsmarktes hergestellt. Man ist im Grunde also davon ausgegangen, daß die alte Wirklichkeit fortläuft. Praktisch bedeutet das aber, daß man von einem Beitragsaufkommen ausgegangen ist, das man für die Zukunft nicht zugrunde legen kann.

Das ist aber nicht alles, sondern die Fragmentarisierung des Arbeitsmarktes ist die Folge einer weiteren Entwicklung, nämlich der Tatsache, daß in Deutschland die Produktivität der Arbeit schneller gewachsen

ist als das Bruttoinlandsprodukt. Auch diese Korrelationen werden erst seit kurzem überhaupt zur Kenntnis genommen. Wenn Sie 1970 gleich 100 setzen, dann ist das reale Bruttoinlandsprodukt in Deutschland von 1970 bis 1995 von 100 auf 165 gestiegen. Die Arbeitsmenge in Jahresarbeitsstunden, die aufgebracht wurde, um dieses Bruttoinlandsprodukt zu erzeugen, ist auf knapp 80 gefallen. D.h., wir waren 1995 in der Lage, mit 50 Prozent des Arbeitsvolumens von 1970 das Bruttoinlandsprodukt von 1970 zu erzeugen. Diese Entwicklung geht weiter: Wir verzeichnen z.B. ein leichtes Abfallen der Arbeitsmenge. Das ist nun keine objektive Sachgesetzlichkeit, sondern das ist das Ergebnis einer ganzen Reihe von politischen Entscheidungen, z.B. der politischen Entscheidungen in den 70er Jahren, durch die Tarifpolitik die Leistungssteigerungen der Unternehmen voranzutreiben. Die Gewerkschaften haben damals gesagt – ich habe das selbst vielfach mit Otto Brenner und seinen Nachfolgern diskutiert –: "Es macht uns nichts aus, wenn durch Anhebung von Löhnen schwache Betriebe ausscheiden. Wir haben mehr oder weniger Vollbeschäftigung, und die Wirkung dieses Prozesses ist, daß die Schwachen ausgelesen werden, die Starken übrigbleiben und diese Starken eben höhere Einkommen erwirtschaften können". Die Wirkung dieser politischen Entscheidung war eine ständige Steigerung der Kapitalintensität der deutschen Arbeitsplätze. Wir haben in Deutschland die höchste Kapitalintensität des Arbeitsplatzes unter allen Industrienationen. Weder Amerika, noch Japan, noch Großbritannien haben vergleichbar große durchschnittliche Kapitalinvestitionen pro Arbeitsplatz wie in Deutschland. D.h., man hat darauf gesetzt, daß die Wertschöpfung mit einem geringeren Arbeitsvolumen und einer größeren Kapitalinvestition erfolgt. Die Frage ist, ob man das in Zukunft beibehalten will, dann wird der Sektor, in dem Transferleistungen notwendig sind, zunehmen, oder ob man den sogenannten angelsächsischen Weg gehen will, der in Deutschland abgelehnt wird.

Wenn wir die gleichen Zahlen, die ich Ihnen eben für Deutschland genannt habe, auf Amerika projizieren, dann stellen wir fest, daß in Amerika das Bruttoinlandsprodukt real von 1970 bis 1995 nur auf 147 statt auf 165 gestiegen ist. Die Beschäftigung ist leicht bis stark angestiegen, d.h., es werden sehr viel mehr Leute beschäftigt als 1970, das ist immer umgerechnet natürlich auf die pro-Kopf-Quote, die Bevölkerungsentwicklung ist so neutralisiert. Das Arbeitsvolumen ist relativ konstant geblieben. Die Beschäftigten haben zugenommen, d.h. eine größere Zahl von Beschäftigten teilen sich in ein geringer angestiegenes Bruttoinlandsprodukt. Die Folge ist, daß in den Vereinigten Staaten etwa 15 Prozent der Beschäftigten zu Bedingungen arbeiten, die in Deutschland als sozio-

kulturell unakzeptabel angesehen werden. Das ist ein Unterschied, der zu einem wesentlichen Teil die unterschiedliche Arbeitsmarktentwicklung in den neuen Ländern erklärt. Wenn man diese sogenannten "bad jobs", also unangenehme oder wenig attraktive Arbeiten zu sehr geringem Einkommen aus der Arbeitsmarktstatistik herausnimmt und lediglich die Entwicklung der Bereiche des Arbeitsmarktes vergleicht, die durch die deutschen Erfahrungen definiert werden, dann entwickeln sich die Arbeitsmärkte in Amerika und Deutschland fast parallel. D.h., der Satz, "neu durch alt", findet auch bei uns statt. Auch die Umstrukturierung von der Produktion zur Dienstleistung findet bei uns statt. Aber was fehlt, ist eben diese Verbreiterung der Beschäftigung durch Tätigkeiten, die bei uns aus vielen – soziokulturellen, aber auch ökonomischen – Gründen nicht angenommen werden. Unser Sozialsystem zieht einen unteren Plafond ein, der durch Transferleistungen gewährleistet wird. Dadurch wird es unwahrscheinlich, Leute für Tätigkeiten zu gewinnen, die nicht mehr bringen als die Transferleistungen oder sogar weniger. Wir haben auch hier eine andere soziokulturelle Struktur definiert und durch die Sozialsysteme festgeschrieben.

Ich kann hier die Einzelheiten dieser Studie, die ich Ihnen in den nächsten Tagen zukommen lassen werde, nicht vortragen. Ich muß hinzufügen, die Studie ist ja jetzt seit mehreren Monaten auf dem Markt, also kann man sie als bekannt voraussetzen. Und es hat bisher keinen einzigen, weder politischen noch wissenschaftlichen Widerspruch zu der Sacharbeitsbeschreibung gegeben. Wir können also annehmen, daß die Kommission und damit auch die weiteren Bundesländer davon ausgehen können, daß das, was die Kommission als Sachverhalt beschrieben hat, allgemein akzeptiert wird, wenn auch bisher kaum Konsequenzen daraus gezogen werden. Aber zumindest wird sie nicht mehr in Frage gestellt.

Eine ganz praktische Folge – um jetzt auch einmal die politische Bedeutung für solche Erkenntnisse vor Augen zu führen – können Sie sowohl in den Empfehlungen der Regierungskommission der Koalition zur Rentenreform wie in den Empfehlungen der SPD-Präsidiumscommission zur Rentenreform erkennen. Beide Kommissionen stellen inzwischen fest, daß die Sicherheit zukünftiger Renten im wesentlichen von der Entwicklung des Arbeitsmarktes abhängt. Das ist, wenn Sie es so wollen, eine tiefgreifende Veränderung der Struktur. Bisher ist man ja davon ausgegangen, daß die durch Beitragszahlungen erworbenen Ansprüche einen eigentumsähnlichen Schutz genießen. Inzwischen ist dieser eigentumsähnliche Schutz durch das Erfordernis der Vollbeschäftigung relativ niedrig. Da die Beitragszahlungen auf diese Bedingungen

keinerlei Einfluß haben, muß man, wenn man ehrlich ist, sagen, daß es nicht mehr eine leistungs- sondern eine arbeitsmarktbezogene Rente ist. Denn die Leistung allein begründet nicht den realisierbaren Anspruch. Herr Prof. Rürup hat nach Vorlage des Kommissionberichtes der Regierungskommission öffentlich erklärt, alles dies beruhe auf der Annahme, daß sich der Arbeitsmarkt wieder festigt und daß wir wieder zur Vollbeschäftigung kommen. Oder umgekehrt seine Formulierung, wenn die, wie der Sachverständigenrat es genannt hat, katastrophalen Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt bestehen bleiben, bricht das System zusammen. Man kann also hier, glaube ich, die Bedeutung des Erkennens der Wirklichkeit unter Zugrundelegen der vorhandenen Wirklichkeit für das politische Handeln wie im Brennglas erkennen.

Ich weiß, die Leute werden dahinterkommen, daß ihre Beiträge zwar eine notwendige aber keine ausreichende Bedingung für ihre Rente sind, sondern daß weitere Bedingungen hinzutreten müssen, auf deren Eintritt oder Nichteintritt sie keinerlei Einfluß haben. Ich glaube, daß dies in den nächsten Monaten die Diskussion über das Alterssicherungssystem, das ja im Augenblick, einschließlich Beamtenalterssicherung, rund 410 Mrd. Mark im Jahr in Anspruch nimmt, sehr intensiviert.

Für uns hier im Osten sind nun die Erkenntnisse über all das, was im Arbeitsmarkt und im sozialen System passiert, von allergrößter Wichtigkeit. Ich sage das auch im Hinblick auf Ihren Tagesordnungspunkt 10, wo Sie sich mit europäischen Vorhaben befassen. Wir sind sehr viel stärker auf Kenntnisse über die Entwicklungen in unseren Nachbarländern Polen, Tschechische Republik, Ungarn etc. angewiesen als die westdeutschen Länder. Der ungarische Ministerpräsident Horn war vorgestern hier in Dresden zu Gast. Und wir haben eigentlich den ganzen Nachmittag und Abend sehr intensiv, über mehrere Stunden – z.T. zu zweit, z.T. im größeren Kreis – über die möglichen Auswirkungen des Beitritts dieser drei Länder zur Europäischen Union, aber auch die möglichen Auswirkungen des offenen Handels im Rahmen der Assoziierungsmaßnahmen diskutiert.

Selbst wenn man von der Mobilität der Arbeitskräfte absieht, die mit Sicherheit nicht kurzfristig realisierbar ist, wird die Existenz von Volkswirtschaften durch gänzlich andere Lohnstrukturen – Bescheidenheitsbereitschaft will ich das einmal nennen – natürlich enorme Rückwirkungen auf unsere eigene Situation haben. Sie wissen, daß der Grenzertrag die Preise im Markt bestimmt. Und wenn wir jetzt eine Situation bekommen, wo Baufirmen oder andere Produzenten im Bereich der Massengüter unter kaufkraftparitäts-

schen Gesichtspunkten mit Löhnen und Gehältern arbeiten können – etwa ein Drittel bis ein Viertel der Löhne in Sachsen, also ungefähr ein Fünftel in Westdeutschland –, dann ist eines ganz offensichtlich: daß in Deutschland entweder enorme Strukturveränderungen stattfinden müssen oder ein Absinken der Real-löhne ins Haus steht. Oder wir beenden das europäische Experiment, was die Freizügigkeit der Arbeit angeht.

In diesem Zusammenhang ist es besonders wichtig, daß die statistischen Ämter die Daten für die Mitglieder der geplanten Europäischen Währungsunion erfassen. Auch darüber wird ja in unserem Land im Augenblick noch nicht wirklich diskutiert, sondern die Währungsunion, so heißt es – vom Bundeskanzler angefangen und unterstützt durch den Altbundeskanzler Helmut Schmidt –, ist aus politischen Gründen notwendig. Das will ich überhaupt nicht bestreiten. Die Forderung nach einer Europäisierung der Bundesbank und der deutschen Währung war die französische Antwort auf die deutsche Wiedervereinigung. Und darauf läßt sich im Grunde genommen das Projekt reduzieren. Das andere sind z.T. willkommene, z.T. weniger willkommene Nebenerscheinungen, also der Abbau der Transferkosten, der Wegfall von Wechselkursrisiken usw. Das ist alles schön und gut, aber wenn man überlegt, daß wir z.Zt. nur rund 60 Prozent unseres Exports in der Europäischen Union abwickeln, dann kann das kein so großes Vorhaben sein, daß man deshalb erhebliche Risiken in Kauf nimmt. D.h. die eigentliche Rechtfertigung, das ist auch inzwischen unbestritten, ist nicht ökonomisch, sondern sie ist politisch.

Nun muß man bei so allgemeinen, politisch begründeten, tiefgreifenden Maßnahmen zumindest Vorsorge dafür treffen, daß man nicht wieder mit einer neuen Wirklichkeit konfrontiert wird, von der man keine Ahnung hat. Was heißt das praktisch? Praktisch heißt das als erstes, innerhalb des Währungsgebietes muß es die Freizügigkeit der Arbeit geben. In einem Währungsgebiet die Freizügigkeit der Arbeit zu unterbrechen, ist gleichbedeutend mit der Tatsache, das Währungsgebiet wieder aufzuheben. Anders als in den Vereinigten Staaten, wird in Europa keine sehr große Binnenwanderung stattfinden, schon aus sprachlichen, kulturellen und sonstigen Gründen. Es hat sich ja auch in Deutschland-West in der Entwicklung von 1950 bis 1980 gezeigt, daß die Mobilität der Bevölkerung relativ gering war und daß der Versuch, Menschen in Vollbeschäftigungsgebiete zu bringen, z.B. aus dem westlichen Niedersachsen nach Baden-Württemberg, regelmäßig scheiterte. Also trotz der gleichen Sprache waren die soziokulturellen Unterschiede innerhalb Westdeutschlands größer als die mögliche

ökonomische Attraktivität und Mobilität. Das IWG hat diese Frage in den Anfang 80er Jahren unter dem Gesichtspunkt sehr ausführlich untersucht: Gibt es auch nichtökonomische Faktoren, die die unterschiedliche Entwicklung, z.B. der Beschäftigung, beeinflussen. Unsere Arbeitshypothese war damals: Es kann nicht sein, daß es nur ökonomische Gründe sind, die dazu führen, daß in Ostfriesland über Jahre hinweg 10 bis 15 Prozent Arbeitslosigkeit herrschen, während es gleichzeitig in Baden-Württemberg 2 bis 4 Prozent sind, sondern da müssen auch andere Gründe bzw. nichtökonomische Fakten im Spiel sein. Das bedeutet aber: Wenn man schon keine Mobilität der Arbeit hat, muß man zumindest eine Flexibilität der Einkommen haben. Wenn man diese Flexibilität der Einkommen nicht hat, dann muß man diejenigen, die wegen der fehlenden Flexibilität der Einkommen Schaden erleiden, Transfers bezahlen. D.h., die Starken müssen dann die Schwachen tragen. Wenn man den Schwächeren, also den Bescheideneren, die Möglichkeit gibt, ihre Bescheidenheit als Wettbewerbselement einzubringen – denn darauf läuft das ja hinaus –, dann muß man Transfers zahlen; das ist inzwischen auch völlig unbestritten. Unklar ist es, wie hoch sie sein müssen, um die Währungsunion zu stabilisieren.

Nun brauchen wir, wenn wir das alles überhaupt verstehen wollen, zuverlässige und vergleichbare Statistiken über die Entwicklung der Arbeitsmärkte, z.B. in Spanien, in Italien, in Portugal, aber auch in Frankreich. Das fängt an mit der Kenntnis über die Frage nach der Erwerbsneigung. Die kann man nicht statistisch erfassen, weil das ja keine zählbare Kategorie ist, aber man kann natürlich aus den statistischen Erkenntnissen über Beschäftigungsstruktur und Beschäftigungsentwicklung eine Menge Rückschlüsse ziehen, z.B. die Korrelationen zwischen dem Grad der Individualisierung und der Erwerbsneigung einer Gesellschaft herstellen. Es gibt nach meiner Überzeugung da eine sehr unmittelbare Korrelation zwischen der stärkeren Individualisierung, der stärkeren Abdeckung von Lebensrisiken durch kollektive Systeme und der stärkeren Erwerbsneigung. Wenn wir in Sachsen die Erwerbsneigung der westdeutschen Bevölkerung Anfang der 70er Jahre hätten, hätten wir hier vielleicht nur sieben Prozent Arbeitslose. So liegt die Arbeitslosigkeit bei 18 Prozent. In dieser Arbeitslosigkeit ist das Echo der sozialistischen Beschäftigungspolitik nach wie vor enthalten, das sich ja durch alle sozialen Strukturen fortgesetzt hat. In der DDR betrug die Erwerbsquote 92 Prozent. Man hat also rund 90 Prozent der Bevölkerung im Alter von 15 bis 65 beschäftigt. Die durchschnittliche Erwerbsquote in Westdeutschland – mit Ausnahme ganz weniger Ausreißer, der letzte war 1992 durch den Vereinigungsboom – lag bei rund zwei Dritteln. D.h.,

Sie sehen schon da eine Differenz von fast 25 Prozent zwischen der Erwerbsquote im Westen und im Osten, so daß man sofort die westdeutsche Beschäftigungshöhe erreicht hätte, trotz ungefähr 20 Prozent der Leute, die ihren Arbeitsplatz verloren haben. Wir haben jetzt in Sachsen unter Einschluß des zweiten Arbeitsmarktes wieder eine Erwerbsquote von 64 Prozent. Wir liegen also etwas unter dem Westen. Ohne den zweiten Arbeitsmarkt sind es 61 Prozent. Das ist zwar wesentlich weniger, als wir heute im Westen haben, aber nicht sehr viel weniger als das, was wir Anfang der 70er Jahre hatten, als die Vollzeittätigkeit noch dominierend und das ganze Rollenverständnis in der Gesellschaft anders war. Wir brauchen diese europäischen Daten aber auch, um z.B. die Vermögensbildung im Privathaushalt, die Altersstruktur, die Entwicklung der Altersstruktur und die Veränderungen im gesamten Wirtschaftsleben und das Ausmaß der Schattenökonomie erkennen zu können oder zumindestens Anhaltspunkte dafür zu bekommen, wie groß die Schattenökonomie ist. Die Schattenökonomie wird in Europa als Folge der Umbrüche, die aus der Globalisierung entstehen, eine wachsende Bedeutung haben.

Am Montag hat der russische Botschafter hier einen Antrittsbesuch gemacht, und wir haben uns über die Schattenökonomie in Rußland unterhalten. Er hat mir berichtet, daß die registrierte industrielle Tätigkeit in Rußland auf 50 Prozent des alten Niveaus gesunken ist, interessanterweise aber nicht der Stromverbrauch, so daß man davon ausgeht, daß ein wesentlicher Teil dieser industriellen Aktivitäten inzwischen in die Schattenökonomie abgewandert ist. D.h., sie sind durch die vorhandenen administrativen Strukturen nicht mehr erfassbar, aber noch vorhanden. Das kann ich aber nur durch solche Korrelationen feststellen, indem ich durch die Erfassung unterschiedlicher Elemente – soweit sie erfassbar sind – auf die tatsächlichen, im Unterschied zu den bürokratisch erfassbaren ökonomischen Aktivitäten Rückschlüsse ziehen kann. Diese Unterscheidung ist von großer praktischer Bedeutung. Und zwar deshalb, weil die Transferleistungen, die in Europa beansprucht werden, natürlich auf der Grundlage der offiziellen Zahlungen beansprucht werden. Wenn ich es also mit einer Ökonomie zu tun habe, die eine hohe Zahl registrierter Arbeitsloser und ein relativ geringes registriertes Bruttoinlandsprodukt aufweist, ich aber in Wirklichkeit weiß, daß ein wesentlicher Teil des Bruttoinlandsprodukts außerhalb der statistisch erfassbaren Wirklichkeit stattfindet, dann leiste ich Transferleistungen mit einem System, das in Wirklichkeit ganz anders ist, als es sich darstellt. Und die Folge ist, daß diese Transferleistungen nicht die Wirkungen erzielen, die man von ihnen erwartet. Es entstehen dann also wunderbare Infrastrukturmaßnah-

men, die sogenannten europäischen Netze, und alles mögliche wird mit riesigem Aufwand in Gang gesetzt, ohne daß sich die Wirklichkeit verändert, weil die Wirklichkeit auf ganz anderen Grundlagen beruht, als denen, die man voraussetzt.

Ein letzter Punkt, warum die europäischen Statistiken so wichtig sind, betrifft die Lebenshaltungskosten. Ich habe schon vor Jahren in Brüssel gesagt, ich hielte es für problematisch, das Bruttoinlandsprodukt zum ausschließlichen Indikator für die Transferleistungen zu machen und habe das an einem Beispiel deutlich gemacht. Man müßte aus dem Bruttoinlandsprodukt den Aufwand herausrechnen, der in einem Land zur Aufrechterhaltung der Lebensfähigkeit nötig ist, und in einem anderen Land nicht. Wenn ich also vergleiche, was z.B. die Schweden aufwenden müssen, um in Schweden leben zu können und was die Spanier aufwenden müssen, um in Spanien leben zu können, dann kann ich vom Hausbau, Heizung und vielem anderen mehr objektive Unterschiede feststellen, die nicht Indikatoren für unterschiedlichen Wohlstand sein können, aber alle im Bruttoinlandsprodukt ihren Niederschlag finden. D.h., das schwedische Bruttoinlandsprodukt muß aus objektiven Gründen sehr viel höher sein als das in Spanien, selbst wenn letztlich beide verfügbaren Einkommen gleich sind. Also auch hier brauchen wir eine Statistik, die Grenzen überschreitet.

Wir brauchen Ihre Arbeit dringend – immer – für die Erschließung der realen Möglichkeit, so will ich es mal nennen, im Verhältnis zur vorgestellten. Wenn es dazu noch eines Zeugnisses eines führenden Gewerkschafters bedarf, dann hat Herr Riester, den ich sehr schätze, dieses Zeugnis geliefert, als er vor kurzem in einem Zeitungsinterview den Satz formulierte: "Die Realität frißt sich durch die sozialen Systeme". Er hat es dann später noch einmal folgendermaßen begründet: "Den Arbeitsmarkt, von dem die Leute ausgehen, den gibt es gar nicht mehr, sondern der hat sich grundlegend verändert". Und diese Veränderungen werden nicht zur Kenntnis genommen, weswegen er etwas später in diesem Interview als eines der größten Probleme in Deutschland den Strukturkonservatismus beschreibt. Wir brauchen Sie also, wenn Sie es so wollen, um den Strukturkonservatismus zu überwinden. Und das ist eine Aufgabe, meine sehr verehrten Präsidenten und Vizepräsidenten, deren Bedeutung nicht unterschätzt werden darf, weil auf der Grundlage dessen, was Sie erarbeiten, wenn es politisch wirksam werden soll, sich die Ressourcenallokation wesentlich verändert.

Wenn wir überlegen, daß wir einschließlich administrierter Preise rechnen – ich verstehe unter admini-

strierten Preise also die quasi öffentlichen Unternehmen usw., die öffentlichen Kartelle oder Quasi-Kartelle oder die Energieversorgungen –, müssen wir davon ausgehen, daß heute 60 Prozent unseres Bruttoinlandsprodukts staatlich oder quasi-staatlich erwirtschaftet werden und daß 40 Prozent der Ressourcenallokation durch Wettbewerb überlappen. Das ist an sich ein unerträgliches Mißverhältnis, weil die Steuerungsmöglichkeiten im staatlich administrierten oder staatlich beeinflussten Bereich, wie wir alle wissen, sehr viel geringer sind und die Bereitschaft, sich veränderten Wirklichkeiten anzupassen, ebenso.

Wir brauchen also diese Erkenntnisse. Und was ich hinzufügen möchte, ist, daß diese Erkenntnisse auch in wirksamen Korrelationen nach außen gelangen müssen. D.h., wir brauchen auch Hilfe bei der Korrelation der Daten oder besser gesagt, bei der Vernetzung. Denn auch für den gebildeten normalen Politi-

ker, ist die Lektüre der jährlichen Veröffentlichungen der Statistischen Ämter mehr oder weniger ein Buch mit sieben Siegeln. Man braucht da also einen Wegweiser, der zumindest die wichtigsten Vernetzungen und Korrelationen deutlich macht. Wer kommt schon auf die Idee, die Geburtenzahlen, die Arbeitsmarktzahlen und sonstige sozialpolitische Zahlen mit Steuereinnahmen zu vernetzen. Das ist aber die eigentliche Kunst. Sonst werden solche Veröffentlichungen zu Datenfriedhöfen. Und das ist eine außerordentlich unbefriedigende Sache. Ich möchte Sie deshalb ermutigen, daß Sie sowohl in der deutschen wie auch in der europäischen Dimension weiterarbeiten und möchte Ihnen sagen, daß ich aufgrund meiner sowohl wissenschaftlichen wie politischen Arbeit das, was Sie tun, für außerordentlich bedeutsam für unser Land halte.